

parlaments**report**

THÜRINGEN



ÜBERALL

GLEICH GUT.



WEIMAR — 15.05.2024

Gut Leben in Stadt und Land

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

08-2024

3 Eine Arbeitskammer für
Thüringen: Ein bereits
bewährtes Konzept

8 Thüringen-Projekt gibt
Politik Handlungsemp-
fehlungen gegen Rechts

10 Europa und Thüringen
am Scheideweg? Ver-
anstaltung von R2G



Vorwort

Christian Schaft
Abgeordneter der
Fraktion Die Linke

Ist der Alltag noch bezahlbar? Wird die Rente noch reichen? Das sind Fragen, die mich in letzter Zeit immer häufiger bei Gesprächen mit Bürger:innen erreichen. Fragen, die zeigen, es ist gut, immer wieder über gute Arbeit, höhere Löhne und mehr Zeit zu sprechen. Nicht nur zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit.

In der letzten Zeit waren die Forderungen der Beschäftigten so laut wie lange nicht. Sei es im Einzelhandel, wo die Arbeitgeber:innen seit Herbst auf Blockade setzen. Oder auch die gemeinsame Aktion der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft mit Fridays for Future für gutes Klima, guten Nahverkehr und gute Löhne. Ebenso streiten die Beschäftigten der IG Metall für Mitbestimmung in Großkonzernen wie Tesla in Brandenburg. Und nicht nur, aber auch durch die GDL steht das Thema der Arbeitszeitverkürzung wieder auf der Tagesordnung. All das zeigt, dass es an der Zeit ist, über soziale Gerechtigkeit zu sprechen. Und damit es sozial gerecht in diesem Land zugeht, braucht es gute Löhne, mehr Zeit für Freund:innen und Familie und vor allem auch endlich gleichen Lohn in Ost und West. Auch das Land Thüringen trägt als Arbeitgeber und Auftraggeber mit Baumaßnahmen

der öffentlichen Hand eine Verantwortung. Daher war es für uns immer wichtig zu sagen, wo wir Geld investieren. Es braucht Löhne, die zum Leben reichen. Deshalb haben wir uns in dieser Legislaturperiode bei der Reform des Vergabegesetzes erfolgreich für Verbesserungen eingesetzt. Der Vergabemindestlohn in Thüringen wird nun immer 1,50 Euro über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen. Damit wird ab dem 1. Januar 2025 der Mindestlohn bei Aufträgen des Landes über 14 Euro liegen. Ebenso haben wir uns stark gemacht zur Stärkung der Tarifbindung. Denn wir meinen: Politik ist verpflichtet, für einen fairen Wettbewerb zu sorgen, besonders bei öffentlichen Aufträgen, die von Steuergeldern bezahlt werden. Der Markt allein regelt nur Angebot und Nachfrage, die Politik setzt Rahmenbedingungen für soziale und ökologische Standards.

„Arbeitszeitverkürzung ist gut für alle!“

Gute Löhne sind das eine. Zeit zu haben, damit sich das Leben nicht allein um Arbeit dreht, ist das andere. Die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung ist für uns deshalb auch wichtig. Aus Gesprächen mit Unternehmen und Beschäftigten, die bereits in Thüringen die 4-Tage-Woche nutzen, hören wir ganz klar, dass die

Produktivität steigt und Stress reduziert wird. Weniger Stress entlastet am Ende das Gesundheitssystem. Statt immer mehr Arbeitsverdichtung brauchen wir mehr Zeit für Familie und Freunde, Hobbys und Ehrenamt. Das zeigt: Arbeitszeitverkürzung ist gut für alle. Arbeitszeitverkürzung ist gut für alle. Gut für Beschäftigte, gut für Patient:innen und Kund:innen - und auch gut für Unternehmen. Auch das immer noch große Ost-West-Gefälle hinsichtlich der Arbeitszeiten und des Lohnes können wir damit angehen. Die Durchschnittsarbeitszeit in Ostdeutschland beträgt 38,7 Stunden pro Woche, in Westdeutschland sind es nur 37,6 Stunden. Von einer Absenkung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich würden deshalb gerade Beschäftigte in Thüringen profitieren.

Damit all das gelingt, braucht es starke Gewerkschaften, engagierte Beschäftigte und eine Landespolitik mit Ideen für ein soziales und gerechtes Thüringen. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam am 1. Mai und darüber hinaus gemeinsam streiten für mehr gut bezahlte Arbeit, mehr Zeit, mehr Zukunftsindustrie, mehr Personal, bezahlbares Wohnen, mehr Mitbestimmung, wohnortnahe Gesundheitsversorgung und gute Mobilität in Städten und auf dem Land. Die Ideen dazu schmieden wir gemeinsam.

Christian Schaft.

Eine Arbeitskammer für Thüringen

Ein bereits bewährtes Konzept für den Arbeitsmarkt

Seit 2014 ist Die Linke in Thüringen in Regierungsverantwortung und arbeitet seither auch daran, den Freistaat in ein Bundesland zu wandeln, in dem gute Arbeit zur Normalität wird. Doch was bedeutet „gute Arbeit“ eigentlich?

Unter guter Arbeit verstehen wir, dass Arbeitnehmende Löhne erhalten, auf deren Grundlage ein gutes Leben geführt werden kann. Unmittelbar damit verknüpft sind der Abbau des Niedriglohnssektors und eine starke Tarifbindung. Arbeit soll sich aber auch in dem Sinne lohnen, dass die Belegschaft mitgestalten und mitbestimmen kann, sei es bei der Ausgestaltung der Arbeit oder beim Arbeitsschutz und dem Schutz vor physischer und psychischer Belastung. Auch müssen mehr Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung geschaffen werden.

Herausforderungen der Arbeitswelt angehen

Eine Arbeitskammer als öffentlich-rechtliche Einrichtung, die die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertritt, hat zunächst das Ziel, die Situation der Arbeitenden zu verbessern. Eine wirksame Verbesserung der Arbeitsbedingungen führt zu besseren Lebensbedingungen der Menschen, was sich positiv auf das allgemeine Wohl auswirkt. Eine Arbeitskammer ist an sich kein neues Konzept. Bereits in Bremen und im Saarland, ebenso wie in Österreich, ist sie in unterschiedlicher Ausformung etabliert. Wir als Linke sehen in ihr einen großen Mehrwert, um den Herausforderungen der Arbeitswelt zu begegnen. Eine solche Kammer kann auf vielfältige Weise umgesetzt und akzentuiert werden. Dies im Hinterkopf, wollen wir eine Arbeitskammer gestalten, die auf die

Bedürfnisse Thüringens zugeschnitten ist. Als eine der größten Herausforderungen bewerten wir die Fachkräfteentwicklung in nahezu allen Bereichen der Arbeitswelt. Eine Arbeitskammer bietet Möglichkeiten, dem entgegenzusteuern: Durch die Beratungsangebote in allen arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Belangen erfahren Arbeitnehmende eine starke rechtliche Unterstützung, in deren Konsequenz sie ihre Interessen besser wahrnehmen können. Zudem kann der Individualisierung von Problemen begegnet werden, wenn die Arbeitnehmenden Unterstützung erfahren und darüber in den Austausch mit anderen, ähnlich betroffenen Personen kommen.

Die Angebote, die dabei von der Arbeitskammer ausgehen, orientieren sich an wissenschaftlichen Studien und den Interessen und Bedürfnissen der Arbeitenden selbst. Für das Funktionieren der Arbeitskammer ist eine Voraussetzung, dass Arbeitende überhaupt Kapazitäten zur Mitwirkung haben, sodass an anderen Stellen für Entlastung gesorgt werden muss. Durch die Kammer wird ein Raum geschaffen, in dem sich Politik und Gewerkschaften mit Arbeitenden treffen und austauschen. Hier sollen arbeitsmarktpolitische Veranstaltungsreihen und Fachgespräche geführt werden. Es werden Möglichkeiten geschaffen, sich „einzumischen“.

Arbeitsstandort Thüringen

Wenn wir den Fachkräftemangel reduzieren wollen, müssen wir die Faktoren kennen, welche Fachkräfte veranlassen, ihren Lebens- und Arbeitsort in Thüringen zu wählen. Dabei ist die Errichtung einer Arbeitskammer selbstverständlich nicht das alleinige Mittel, um all diese Faktoren abzudecken. Zumindest jedoch schafft sie Abhilfe bei denjenigen Faktoren, die unmittelbar mit der Arbeit(-swelt) in Zusammenhang

stehen. Die Arbeitswelt, wie sie heute organisiert ist, steht Kopf. Die Arbeitskammer stellt eine wichtige Komponente dar, um die Herausforderungen konstruktiv zu bearbeiten und die Arbeitswelt in Thüringen neu zu beleben.

In einer ersten Sondierungsphase hat der DGB Hessen - der Fraktion Die Linke seine Unterstützung zur Forderung zur Schaffung einer Arbeitskammer zugesagt. Neben den Vertreter:innen der Gewerkschaften sind wir ebenso mit den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der Arbeitsministerin Heike Werner im Gespräch. Wir als Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag freuen uns auf den gemeinsamen Prozess hin zu einer Arbeitskammer für Thüringen.



Lena Saniye Güngör
arbeits- u. gewerkschafts-
politische Sprecherin

THÜRINGEN



ÜBERALL
GLEICH GUT.

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

Wohnen

Bei einer öffentlichen Fraktionssitzung in Ilmenau wurde im Februar intensiv über das brisante Thema Wohnen diskutiert. Unter dem Leitmotiv „Wohnen. Überall gleich gut.“ unterstrich die Fraktion das Ziel, allen Thüringerinnen und Thüringern gleiche Chancen auf bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum mit Zugang zu sozialer Daseinsvorsorge und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

Dr.-Ing. Bertram Schiffers, renommierter Stadtplaner und Mitglied der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, beleuchtete in seinem Vortrag die zukünftigen Anforderungen an das Wohnen und die

sich daraus ergebenden Handlungsoptionen. Er wies darauf hin, dass trotz des Bevölkerungsrückgangs in Thüringen die Flächennutzung zunimmt. Er plädierte für eine umfassendere Betrachtung, die neben dem reinen Wohnraum auch Begegnungsräume, Spielplätze und soziale Infrastruktur einbezieht.

Katrin Hitziggrad, Vorstandsmitglied der LeerGut-Agentinnen & -Agenten e.V., stellte die Arbeit ihres Vereins vor und verdeutlichte anhand eindrucksvoller Beispiele das enorme Potenzial leerstehender Gebäude. Sie betonte, dass Thüringen über 45.000 ungenutzte Immobilien verfüge, die als Chance und Ressource gesehen werden sollten.

Der Abgeordnete und Landesvorsitzende der Linken, Christian Schaft, brachte die Idee einer Landeswohnungsbaugesellschaft in die

Diskussion ein, die nicht nur für Neubauten, sondern auch für die Reaktivierung leerstehender Gebäude zuständig sein und beratend zur Seite stehen sollte. Er betonte die Bedeutung einer neuen Herangehensweise an Bau-, Umnutzungs- und Sanierungsfragen und sah in der Landeswohnungsgesellschaft einen möglichen Kooperationspartner für alle, die sich um Daseinsvorsorge und Stadtplanung bemühen.

Die Veranstaltung verdeutlichte die Dringlichkeit und Komplexität der Herausforderungen im Bereich Wohnen in Thüringen. Darüber hinaus lieferte sie wichtige Impulse und Ansätze für zukünftige Maßnahmen und Kooperationen verschiedener Akteure, um eine gerechte und nachhaltige Wohnraumversorgung für alle Menschen im Land zu gewährleisten.



Ute Lukasch
wohnungspolitische Sprecherin

Mobilität

Unter dem Motto „Mobilität. Überall gleich gut“ fand am 27. September 2023 eine öffentliche Fraktionssitzung der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag in Bad Lobenstein statt. Ziel war es, die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nach einer bedarfsgerechten Mobilität zu diskutieren und konkrete Lösungsansätze zu entwickeln.

Die Veranstaltung begann mit einem Infostand auf dem Marktplatz, gefolgt von der Fraktionssitzung im Kulturhaus Bad Lobenstein. Nach der Eröffnung durch den Fraktionsvorsitzenden Steffen Dittes referierte die Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Susanna Karawanskij, über umweltfreundliche Mobilitätskonzepte. Prof. Dr. Matthias Gather von der Fachhochschule Erfurt präsentierte Forschungsergebnisse zum 9-Euro-Ticket und dessen Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten und die soziale Teilhabe einkommensschwacher Haushalte. Ein zentraler Punkt der Diskussion war die Vision, dass jede:r Bürger:in in Thüringen unab-

hängig vom Wohnort Zugang zu flexibler Mobilität haben sollte. Prof. Gather betonte die Bedeutung einer sozial gerechten Mobilität, die multimodal und für alle Landesteile zugänglich sein sollte. Die Diskussionssteilnehmenden waren sich einig, dass dazu der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Senkung der Fahrpreise notwendig sind, um Barrieren abzubauen.

Ministerin Karawanskij hob die erfolgreiche Umsetzung des 9-Euro-Tickets hervor und betonte die Dringlichkeit der Finanzierung solcher Maßnahmen. Sie informierte über die „Runden Tische Mobilität“ im Kyffhäuserkreis und im Schwarzatal, die einen regen Austausch zwischen Bürgern und Vertretern der Mobilitätswirtschaft ermöglichten.

Die Fraktion Die Linke habe konkrete Ziele zur Verbesserung der Mobilität entwickelt, darunter die Einführung eines vergünstigten Jugendtickets und die Förderung barrierefreier Verkehrsangebote. Auch regionale Ansätze wie eine Petition zum Bau eines Radweges entlang der B90 im Saale-Orla-Kreis wurden diskutiert. Insgesamt zeigte die Veranstaltung, dass sich die Fraktion Die

Linke aktiv für eine nachhaltige und bezahlbare Mobilität einsetzt, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Chancen bietet und das Zusammenleben positiv beeinflusst.

„Bezüglich Mobilität, haben wir einiges erreicht in Thüringen. Das Azubi-Ticket war ein großer Erfolg und fand viele Abnehmer:innen, außerdem habe wir den Masterplan Schiene auf den Weg gebracht, damit mehr Verkehr auf der Schiene stattfinden kann.“

Dr. Gudrun Lukin

verkehrspolitische Sprecherin



Dr. Gudrun Lukin

Verkehrspolitische Sprecherin

Gute Bildung

Unter dem Motto Bildung. Überall gleich gut“ traf sich die Fraktion im Mai 2023 zur auswärtigen Sitzung in Leinefelde, um über die Bildungspolitik in Thüringen zu diskutieren. Ziel war es, Wege zu finden, wie eine qualitativ hochwertige Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes unabhängig von ihrem Wohnort gewährleistet werden kann.

Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes betonte die Dringlichkeit der Diskussion über die Thüringer Bildungslandschaft: „Im Bildungsbereich gibt es viele Baustellen. Aber wir schrecken nicht davor zurück, sondern wollen aktiv gestalten, damit Kinder und Jugendliche die besten Bildungsperspektiven erhalten.“

Ein zentraler Ansatzpunkt war dabei die Praxisorientierung im Bildungswesen. Heike Borkenhagen vom Institut für produktives Lernen Europa erläuterte, wie die Verbindung von praktischer Erfahrung und schulischem Lernen zu einer vielseitigen Bildung von Schülerinnen und Schülern beitragen kann. „Der Kern des produktiven Lernens

„Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter. Gute Bildung muss beitragsfrei sein – von der Krippe bis zum Meister oder Master.“

Daniel Reinhardt

Sprecher für frühkindliche Bildung

ist die Verbindung von praktischer Erfahrung und schulischem Lernen. Ob Bäckerei, Rathaus oder Theater – fast jeder Ort kann ein Praxislernort sein“, betonte sie. Auch Kultusminister Helmut Holter unterstrich die Bedeutung der Praxisorientierung und betonte, dass diese nicht nur handwerkliche Fähigkeiten umfasse, sondern auch soziale Kompetenzen wie Konfliktfähigkeit und Teamarbeit fördere. „Praxistage sollen in Thüringen zum Schulalltag gehören“, fügte er hinzu.

Bereichert wurde die Diskussion durch Erfahrungsberichte aus der Praxis. Gabriele Körner, Schulleiterin der Staatlichen Regelschule Leinefelde, betonte, wie wichtig es sei, die individuellen Stärken jeder Schü-

lerin und jedes Schülers zu fördern. „Jeder Mensch hat Kompetenzen, die wir stärken müssen. Wir brauchen Taten statt Worte, Begleitung statt ‚Belehrung‘“, betonte sie. Weitere Themen waren der Lehrermangel und der Strukturwandel in der Region. Dr. Bernd Uwe Althaus, Leiter des Schulamtes Nordthüringen, betonte die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit, um diesen Herausforderungen zu begegnen. „Die Idee von Bodo Ramelow, Nordthüringen zu einer Bildungsregion zu machen, wollen wir weiter vorantreiben. Eigenverantwortung heißt nicht Beliebigkeit“, stellte er klar. Den Abschluss bildete eine Fishbowl-Diskussion, bei der alle Anwesenden die Möglichkeit hatten, ihre Meinungen und Fragen einzubringen. Themen wie Lehrermangel und die Zukunft der Bildung in Thüringen wurden intensiv diskutiert und ein breites Spektrum an Ideen und Lösungsansätzen aufgezeigt. Die Veranstaltung in Leinefelde war somit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gleichwertigen Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen. Durch den Austausch von Erfahrungen und Ideen wurden Impulse gegeben, um die Bildungspolitik des Landes zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.



Daniel Reinhardt

Sprecher für frühkindliche Bildung

Gesundheit und Pflege

Im Rahmen einer außerordentlichen Fraktionssitzung im November 2022 in Sömmerda diskutierte die Fraktion intensiv über Herausforderungen und Lösungsansätze für eine flächendeckende medizinische und pflegerische Grundversorgung in Thüringen. Unter dem Motto „Thüringen überall gleich gut - medizinische und pflegerische Grundversorgung“ wurden wichtige Fragen zur Gesundheitsversorgung in Stadt und Land erörtert.



Eröffnet wurde die Veranstaltung von Steffen Dittes, gefolgt von einem Impulsreferat des gesundheitspolitischen Sprechers der Fraktion, Ralf Plötner. Plötner betonte die Notwendigkeit, im Gesundheitsbereich näher zusammenzurücken und die Versorgung der Menschen zu verbessern. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung referierten verschiedene Experten und Persönlichkeiten über zukunftsweisende Ansätze. Uta Maercker, Geschäftsführerin der AGETHUR, stellte den Werkstattprozess ZUKUNFT.GESUNDHEIT.THÜRINGEN.2030“ vor, der sich mit den

zukünftigen Herausforderungen der Gesundheitsversorgung beschäftigt.

Ein zentrales Thema war die Zukunft der Krankenhausplanung in Thüringen, über die Uta Maercker berichtete. Christopher Kaufmann, Leiter des Projektes „Landengel“ im Unstrut-Hainich-Kreis, stellte das Konzept Gesundheitskiosk“ als Antwort auf die Herausforderungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum vor. Gesundheitsministerin Heike Werner betonte die Bedeutung kleiner Krankenhausstandorte im ländlichen Raum, die sich während der Corona-Krise als unverzichtbar

erwiesen haben. Sie unterstrich die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Finanzierung, um die Qualität der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum langfristig zu sichern. In der abschließenden Fishbowl-Diskussion hatten die Gäste die Möglichkeit, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen. Zentrale Themen war der Fachkräftemangel in der medizinischen Versorgung auf dem Land sowie die Situation der Apotheken. Die Veranstaltung endete mit einem Dank an alle Teilnehmer für den spannenden und wichtigen Austausch.

THÜRINGEN



ÜBERALL
GLEICH GUT.



WEIMAR — 15.05.2024

Gut Leben in Stadt und Land

www.gleichgut.de
gleichgut@die-linke-thl.de
#gleichgut

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

■ Haus der Weimarer Republik,
9–12 Uhr: Öffentliche Veranstaltung
der Fraktion Die Linke



■ mit Ministerpräsident
Bodo Ramelow und
Prof. Dr. Klaus Dörre

Vorschläge an die Politik ernst nehmen

Thüringen-Projekt stellt Handlungsempfehlungen für Politik vor



Im Herbst 2024 wird in Thüringen gewählt. Was passiert, wenn autoritär-populistische Parteien staatliche Machtmittel in die Hand bekommen? In den Monaten bis zur Landtagswahl wollen wir die Antwort auf diese Frage suchen. - So beschreibt das „Thüringen-Projekt“ seine Arbeit selbst auf ihrer Website. Mitte April stellten sie die Forschungsergebnisse im Thüringer Landtag vor und wollen, wie Projektleiter Maximilian Steinbeis selbst sagt, „konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik weitergeben“.

Das Thüringen-Projekt ist ein vom Verfassungsblog initiiertes Forschungsprojekt zu Resilienz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Bis zu den Landtagswahlen im Herbst 2024 wollen die Beteiligten am Beispiel von Thüringen erforschen, welche Spielräume eine autoritär-populistische Partei auf Landesebene hätte, um ihre Macht zum Schaden der Demokratie einzusetzen und sich im Falle einer Regierungsübernahme oder -beteiligung gegen rechtsstaatliche Bindung und Kontrolle, demokratischen Wettbewerb und öffentliche Kritik zu immunisieren.

Die Landtagspräsidentin eröffnete die Veranstaltung im Landtag mit einem Grußwort und legte besonderen

Fokus auf die Herausforderungen in den aktuellen Zeiten. „In diesem Jahr haben wir zudem mehrere Wahlen vor uns, mit denen wir alle eine besondere Verantwortung tragen.“ Sie bedankte sich für die wichtige Arbeit des Projekts.

Die Handlungsvorschläge im Überblick:

- 1** Resilienz des Verfassungsgerichtshofs stärken
- 2** Landtag an Kündigung der Medienstaatsverträge beteiligen
- 3** Landtagspräsidentenwahl reibungslos gestalten
- 4** Landeszentrale für politische Bildung gesetzlich verankern
- 5** Liste politischer Beamter verkleinern
- 6** Konsultative Volksbefragung ausschließen
- 7** Ministerpräsidentenwahl absichern

Zu den Handlungsempfehlungen erklärt Fraktionsvorsitzender Stefan Dittes: „Die Analyse des Verfassungsblogs ist ein wichtiger Beitrag in der Debatte, ob die demokratischen Sicherungsmechanismen ausreichend sind oder Korrekturen bedürfen, um ein Aushebeln von Demokratie und Rechtsstaat durch autoritär-populistische Parteien abzuwenden, wie dies in Polen oder Ungarn geschehen ist. Ich bin den Autorinnen und Autoren für ihr Projekt dankbar, dessen Ergebnisse und Handlungsvorschläge in Politik und Zivilgesellschaft weiter beraten werden sollten.“ Es sei wichtig, sich mit den demokratiegefährdenden Szenarien, auch am Beispiel der AfD auseinanderzusetzen. Noch wichtiger sei es aber, dass sich die Menschen in den Institutionen, insbesondere in den demokratischen Fraktionen, schon heute ihrer Verantwortung bewusst sind, so Dittes weiter. „Leider zeigt sich bei der Wahl zur parlamentarischen Kontrollkommission und zuletzt auch bei der Wahl einer stellvertretenden Verfassungsrichterin, dass sich diese Sichtweise nicht durchgesetzt hat.“



Mehr Infos zum Thüringen-Projekt und dessen Ergebnisse finden Sie unter: www.verfassungsblog.de/thueringen-projekt/

Der Treuhand-Skandal in Thüringen

Veranstaltungsrückblick auf Schmalkalden und Ilmenau

Christian Schaft, Ronald Hande und Andreas Schubert, Abgeordnete der Fraktion Die Linke und Mitglieder des Untersuchungsausschuss 7/2 „Treuhand in Thüringen“, luden zu spannenden und kontroversen Diskussionen in Schmalkalden und Ilmenau ein.

Nachdem kurz die Arbeit des Untersuchungsausschusses vorgestellt wurde, gab der ehemalige Wirtschaftsjournalist der Thüringer Allgemeinen, Dietmar Grosser, Einblicke in die Arbeit an seinem Buch „Treuhand in Thüringen“. Die beteiligten Journalisten waren im ganzen Freistaat unterwegs, um mit Betroffenen der Politik der Privatisierungsbehörde zu sprechen: sie zeichneten ein durchaus ambivalentes Bild, das jedoch in seiner Gänze in Thüringen zu den bekannten Folgen führte: Unternehmensschließungen, Arbeitslosigkeit, Abwanderungsbewegungen. Auch die Zuschauer:innen, unter denen sich viele Zeitzeug:innen befanden, beteiligten sich rege an der Diskussion, brachten persönliche Erlebnisse der Wendezeit ein und stellten auch positive Entwicklungen der Region in den Mittelpunkt. Besonders spannend waren die Ausführungen von Peter Hammen, der



sich als Betriebsleiter des VEB Schmalkaldener Kranbau um eine Management-Buy-out-Lösung bemühte. Diese scheiterte auch aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten – der Kranbau wurde anschließend von einem westdeutschen Mitbewerber privatisiert und besteht heute nicht mehr.

Dieses Erlebnis teilt der Schmalkaldener mit den Porzellanen und Engagierten des Glasvereins aus Ilmenau, wo Andreas Schubert, MdL und des Untersuchungsausschusses, auf Einladung von Christian Schaft, MdL und stellvertretendes Mitglied des Untersuchungsausschusses, die Veranstaltungsreihe mit einem In-

put zur Treuhandanstalt begann. Eindrücklich schilderte Schubert die Geschichte der Treuhandanstalt und die Erkenntnisse zu ihrer Arbeit in Thüringen aus dem Untersuchungsausschuss. Er stellte ein vorläufiges Fazit in den Raum und umriss die Schlussfolgerungen, die sich aus der Arbeit im Untersuchungsausschuss für eine sozial-ökologische Transformation im 21. Jahrhundert ergeben. Diese Metaperspektive griffen die Zeitzeug:innen aus der Porzellan- und Glasindustrie auf und verbanden sie mit ihren Erfahrungen aus Ilmenau. Sie beschrieben die schwierige Situation, in der sich zu Beginn der 90er Jahre die weltweite Porzellanindustrie befand und die auch durch die ungenügende staatliche Unterstützung zu einem sukzessiven Sterben dieses traditionshandwerks in Ilmenau führte. Bei der Glasindustrie verhielt es sich ähnlich: Auch hier verloren Tausende Beschäftigte ihre Arbeitsplätze in einem traditionellen Gewerbe; besonders bitter: sie sahen die strukturpolitischen Anstrengungen, die in Jena für den Erhalt der optischen Industrie unternommen wurden. Eine noch heute schmerzhaft Erfahrung.

Wir bedanken uns bei allen Anwesenden und Beteiligten für die gelungenen Abende und die bemerkenswerten Eindrücke.



Schwangerschaftsabbrüche legalisieren, weg mit §218!



Karola Stange

Sprecherin für Gleichstellung, Behindertenpolitik und Soziales

„Seit mehr als 150 Jahren wird die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen durch die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen eingegrenzt. Erst in den letzten Jahren ist nach massiven Druck aus der Zivilgesellschaft und der Politik das Informationsverbot in §219a gestrichen worden. Nun muss endlich auch die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Streichung des §218 StGB folgen“, erklärt die Abgeordnete und Sprecherin für Gleichstellung Karola Stange. Auch die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission empfiehlt eine Legalisierung von Abbrüchen in der Frühphase der Schwangerschaft. Die Expertenkommission empfiehlt, eine Abtreibung in den ersten zwölf Wochen zu legalisieren. Aktuell ist jede Abtreibung in Deutschland grundsätzlich rechtswidrig, bleibt bis zur 13. Woche nach einer ärztlichen Beratung jedoch straffrei.

„Ich erwarte, dass mit dem Gutachten auch zeitnah Handlungen durch die Bundesregierung folgen. Das Ende der Legislatur naht, der Zeitkorridor für eine Streichung wird knapp. Deshalb sage ich: Handeln und nicht länger nur mit Worten beschäftigten“, so Stange.



Am 28. Mai 2024, 18:30 Uhr laden die Fraktionen von Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen zur gemeinsamen Veranstaltung in den Veranstaltungsort FRANZ MEHLHOSE in Erfurt ein.

Europa steht vor einem Scheideweg. Ein drohender Zuwachs rechts-populistischer und rechtsnationaler Kräfte im Europäischen Parlament könnte zu einer Verschiebung der politischen Mehrheitsverhältnisse hin zu konservativeren bis deutlich rechten Positionen führen. Ein solcher Rechtsruck hätte weitreichende Auswirkungen auf die Debatten über Reformen und Erweiterung der EU und könnte die Union vor ernsthafte Herausforderungen stellen. Gleichzeitig dürfte eine solche Entwicklung auf europäischer Ebene auch nicht ohne Folgen für die herausfordernde politische Situation in Thüringen bleiben, denn auch hier könnte es in diesem Jahr zu einem deutlichen Rechtsruck kommen.

Dabei müsste vielmehr allen bewusst sein: Angesichts der Vielzahl an innen- und außenpolitischen Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht, wird die Bedeutung europäischer Handlungsfähigkeit und Resilienz immer größer. Die Sicherung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts in einem vereinten Europa, die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Bewältigung ökologischer und wirtschaftlicher Veränderungen erfordern eine koordinierte und gemeinsame Vorgehensweise aller EU-Mitgliedsstaaten. Die Veranstaltung „Europa und Thüringen am

Scheideweg - Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat in Gefahr?“ wird sich daher mit den drängenden Fragen rund um die Zukunft Europas und deren Auswirkungen auf Thüringen, aber auch mit der möglichen politischen Entwicklung im Freistaat selbst befassen.

Die Veranstaltung beginnt mit einer Begrüßung durch den Kultusminister, Professor Dr. Benjamin Immanuel Hoff. Er eröffnet das Programm und wird die Gäste herzlich willkommen heißen. Es folgt der mit Spannung erwartete Festvortrag von Professor Dr. Ursula Birsl zum Thema Demokratie und ihre Gegenbewegungen: Europa und Thüringen im Fokus“ beleuchtet sie wichtige Aspekte und Herausforderungen für Europa und speziell für Thüringen. Im Anschluss erwartet die Teilnehmer:innen eine Podiumsdiskussion. Die europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen, Markus Gleichmann, Dorothea Marx und Madeleine Henfling, treten in einen Dialog mit Professor Dr. Ursula Birsl. Moderiert wird die Diskussion von Dr. Claudia Conen, die dafür sorgt, dass alle relevanten Themen angesprochen und diskutiert werden. Nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung lädt ein lockeres Get-together zum informellen Austausch und Networking ein. Hier haben die Teilnehmer die Möglichkeit, sich in entspannter Atmosphäre weiter über die Zukunft Europas und Thüringens auszutauschen.

Die Fraktionen freuen sich auf zahlreiche Teilnehmer:innen und eine spannende Diskussion über die Zukunft Europas und Thüringens.

**Anmeldung unter:
anmeldung@die-linke-thl.de**

Die Petition des Monats

Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe für pflegebedürftige Menschen

Immer wieder erreichen den Petitionsausschuss Eingaben zur sogenannten Nachbarschaftshilfe für pflegebedürftige Menschen. Die Betroffenen beklagen, dass die bürokratischen Hürden zu hoch seien, wenn sie die entsprechenden Hilfen in Anspruch nehmen möchten.

Die finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe für pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen ist erst seit etwa einem Jahr möglich. Unterstützt werden insbesondere niedrigschwellige Hilfen. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Begleitung bei Spaziergängen oder Arztbesuchen, kleine Einkaufs- oder Hauswirtschaftsleistungen, Hilfen beim Lesen oder Ausfüllen von Formularen oder Unterstützung bei Freizeitaktivitäten. Die Nachbarschaftshelfenden können eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von bis zu 125 Euro erhalten. Dafür müssen entsprechende Rechnungen oder Belege eingereicht werden. Wer helfen möchte, muss sich vorher bei der Pflegekasse registrieren und einen Kurs absolvieren. Genau diese Kurspflicht schreckt viele Menschen ab. Zwar sind Inhalt und Umfang der Kurse nicht vorgegeben, da allein die Pflegekassen entscheiden, welcher Kurs als angemessen eingestuft wird. Dennoch ist für viele Menschen nicht nachvollziehbar, warum man erst einen Kurs absolvieren muss, wenn man für „Tante Erna“ den Getränkeeinkauf übernehmen oder die Mülltonnen auf die Straße stellen will. Erschwerend kam hinzu,

dass die Kurse im vergangenen Jahr noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung standen. Wer sich bereits im letzten Jahr registriert hatte und noch keinen Kurs absolviert hat, kann das aber bis Dezember 2024 nachholen.

Zur Petition

Noch komplizierter wird es, wenn die Hilfe nicht ehrenamtlich erfolgt, sondern wie im konkreten Petitionsfall eine Reinigungsfirma zum Fensterputzen beauftragt werden soll. Die Petentin pflegt ihren halbseitig gelähmten Ehemann zu Hause und hat sich für einfache Reinigungsarbeiten an eine Gebäudereinigungsfirma gewandt. Doch auch diese Firma ist mit der aufwendigen Antragstellung überfordert. Für professionelle Dienstleistungen gelten andere Maßstäbe als für die ehrenamtlichen Hilfen. So müssen unter anderem die Anforderungen der Empfehlungen der Pflegekassen und privaten Krankenkassen erfüllt werden. Das Angebot muss auf Dauer angelegt sein und die angebotene Leistung regelmäßig und verlässlich zur Verfügung stehen. Zudem ist ein schriftliches Konzept zur Qualitätssicherung sowie eine Kostenkalkulation beizufügen. Insbesondere für kleinere Firmen ist der mit dem Antrag verbundene bürokratische Aufwand schlicht zu hoch, zumal es im konkreten Fall nur um einfache Reinigungsarbeiten ging.

Im Ergebnis konnte die Hilfe im Haushalt der Petentin nicht durchgeführt werden. Das ist sehr bedauerlich, da die von der Politik gewollte und zu begrüßende Unterstützung von Pflegebedürftigen im Alltag

durch niederschwellige Entlastungsangebote letztlich durch zu bürokratische Antragsverfahren gerade eben nicht mehr niederschwellig ist. Es ist nachvollziehbar und richtig, dass insbesondere pflegebedürftige Menschen vor einer falschen Behandlung, Entscheidung oder einem unangemessenen Umgang geschützt werden müssen, nicht umsonst gibt es Pflegefachkräfte und Sozialpädagogen. Bei einfachen Hilfsdiensten sind die Anforderungen an die Helfenden aber zum Teil zu hoch und gehen an der Praxis vorbei. Das gut gemeinte Unterstützungsangebot entfaltet daher oft nicht die gewünschte Wirkung.



Anja Müller

Vorsitzende des Petitionsausschusses



Mehr Infos zum Thema Nachbarschaftshilfe finden Sie auf der Seite des Thüringer Sozialministeriums unter: www.tmasgff.de/gesundheit/pflege/aupa



„Die Magdeburger Allee hat Potenzial und Charme“

Abgeordnete zu Besuch im Erfurter Norden

Bodo Ramelow und die Landtagsabgeordnete Katja Maurer waren Anfang April auf einen erlebnisreichen Rundgang entlang der Magdeburger Allee im Erfurter Norden. Denn statt fragwürdiger Fernsehduelle mit Faschisten bevorzugen unsere Linke-Abgeordneten lieber den direkten Kontakt zu den Menschen vor Ort.

Der Nachmittag begann in der Werkstatt der Goldschmiede „Schmuckdesign Detail“, wo gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ein Schmuckworkshop stattfand. Daraus entstanden ist ein symbolischer Freundschaftsring mit den Koordinaten der Magdeburger Allee, der nicht nur kreative Ergebnisse, sondern vor allem auch vielseitige Gespräche hervorbrachte.

In der historischen Lutherkirche wurde die Veranstaltungsreihe „Kultur im Turm“ eröffnet und die frisch restaurierte Turmuhr eingeweiht. Die liebevolle Restaurierung, finanziert aus eigenen Mitteln, unterstreicht das Engagement der Gemeinde für ihre kulturellen Schätze. Bodo Ramelow, selbst Mitglied der Kirchengemeinde, freute sich sehr, bei diesem schönen Moment anwesend gewesen zu sein.

Weiter ging es zum „Schambrowski“, einem einzigartigen Ort, der als Kino, Filmverleih und Fachbibliothek für Graffiti-Kunst dient. Hier stellte sich auch die Initiative „Support Nord“ vor, die sich für Zivilcourage in Erfurt-Ilversgehofen einsetzt. Ramelow und Maurer zeigten sich beeindruckt von der Vielfalt und dem Engagement in diesem besonderen Kulturort. Der Tag fand seinen stimmungsvollen Abschluss im gemütlichen Ambiente des „Ilvers“, wo die Verantwortlichen des Magdeburger Allee Fests zusammenkamen. Zusammen sprach man über die Zukunft des Stadtviertels. „Meiner Ansicht nach hat die Magdeburger Allee einen ganz besonderen Charme und noch viel Potenzial. Es gibt einige inhabergeführte Geschäfte, die mit Liebe und Engagement betrieben werden“, sagte Ramelow. Den Ausbau eben dieses Potenzials

wünschen sich auch die ansässigen Bewohnerinnen und Bewohner. Bodo Ramelow und Katja Maurer setzten mit dem Besuch ein Zeichen für eine bürgernahe Politik, die aufmerksam zuhört und sich für die Anliegen der Menschen interessiert und engagiert.



Hier geht es zum Videomitschnitt des Besuchs auf der Magdeburger Allee in Erfurt. www.instagram.com/maurerkatja04/



Impressum

Herausgeberin:
Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 18. April 2024